



### Protokoll Nr. 31

über die 31. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Hittisau am Dienstag, den 11.04.2023, um 20:00 Uhr im Gemeindehaus Hittisau, Sitzungssaal, 1. Obergeschoß.

#### Anwesende:

Gemeindevertreter:	Gerhard	Beer, Bgm.
	Anton	Gerbis, VizeBgm.
	Magdalena	Bechter
	Stefan	Steurer
	Caroline	Jäger
	Christoph	Feurstein
	Georg	Vögel
	Dipl.Inf. (FH) Dominik	Bartenstein
	Manfred	Feuerstein
	Manfred	Felder
	Christiane	Eberle
	Markus	Beer
	Martin	Reichenberger
	Ida Maria	Bals
	Dietmar	Nußbaumer
	Erich	Kohler
	Simone	Bilgeri
	Martin	Österle

Entschuldigt:	Dipl.-Inf. (FH) Dominik	Bartenstein
Ersatz:	Christian	Bilgeri
Nicht anwesend:	Georg	Vögel

GasthörerInnen: 1

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls Nr. 30
3. Neuerrichtung von Räumlichkeiten für eine Kleinkindbetreuungseinrichtung zur Abdeckung des erwarteten Bedarfs ab Herbst 2023
4. Berichte
5. Allfälliges

## **1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Gerhard Beer eröffnet die 31. Gemeindevertretungssitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die anwesenden MandatarInnen und den Ersatzmandatar. GV Georg Vögel ist noch nicht anwesend, eine Entschuldigung ist nicht bekannt. Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass die gegenständliche Gemeindevertretungssitzung kurzfristig einberufen wurde und bedankt sich bei allen GemeindevertreterInnen für ihre damit verbundenen Mühen sowie ihr Engagement.

## **2. Genehmigung des Protokolls Nr. 30**

Das Protokoll Nr. 30 ist allen GemeindevertreterInnen, mit der Einladung zur 31. Gemeindevertretungssitzung, rechtzeitig zugestellt worden. Das vorliegende Protokoll der letzten Gemeindevertretungssitzung wird, mit den eingearbeiteten Änderungswünschen, einstimmig angenommen.

## **3. Neuerrichtung von Räumlichkeiten für eine Kleinkindbetreuungseinrichtung zur Abdeckung des erwarteten Bedarfs ab Herbst 2023**

Bgm. Gerhard Beer stellt zur Erinnerung den Protokollauszug der 30. GV-Sitzung vor. Aufgrund der Bedarfserhebung über die Kleinkindbetreuung besteht nachvollziehbarer Handlungsbedarf. Dementsprechend habe der Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Ausschuss Familie/Soziales/Integration/Inklusion über die weitere Vorgehensweise „Angebot Kinderbetreuung Hittisau“ (Wie schaffen wir es, den bestehenden Bedarf abzudecken? Was müssen wir tun, was wollen wir tun?) und über einen Familientreffpunkt (Wie und wo wollen wir den Familientreffpunkt umsetzen?) beraten. Nach einer ersten Beratung habe es den folgenden, Beschlussantrag aus der 30. Gemeindevertretungssitzung, vom 21. März 2023, gegeben, welcher einstimmig angenommen worden ist:

Die Gemeindevertretung ist dafür, dass das Thema „Neuerrichtung von Räumlichkeiten für eine Kleinkindbetreuungseinrichtung, zur Abdeckung des erwarteten zusätzlichen Bedarfs ab Herbst 2023, in den Bildungsausschuss sowie in den Ausschuss Familie/Soziales/Integration/Inklusion zur weiteren Abklärung rückgeschoben wird; sobald eine Lösung gefunden werde, soll eine außerordentliche Gemeindevertretungssitzung einberufen werden.

Diese beschlossene Vorgehensweise ist von den beiden genannten Ausschüssen so weiterverfolgt worden. Es liegen zwischenzeitlich Lösungen vor, welche in der gegenständlichen Gemeindevertretungssitzung nun näher erörtert werden. Der Bereich Kleinkindbetreuung ist Aufgabe der Gemeinden, was auch durch die entsprechende Gesetzgebung geregelt ist. Dabei seien Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bedarf an Kleinkindbetreuungsplätzen abzudecken, welcher gegeben ist. Dies gehe so aus der Bedarfserhebung für das Betreuungsjahr 2023/2024 hervor. 88% aller 3-Jährigen, 60% aller 2-Jährigen und 7 Kinder im Alter von 1.5 Jahren hätten Bedarf angemeldet. Insgesamt hätten 24 Hittisauer Familien Bedarf für einen KiBe-Betreuungsplatz, ab Herbst 2023, angemeldet. Das Thema der Kleinkindbetreuung sei derzeit landesweit präsent und sei auch bei der REGIO-Vollversammlung besprochen worden. Im Vorfeld sei das Platzangebot begutachtet worden, was zu einem Erstvorschlag einer Holzmodulbauweise geführt habe, v.a. auch deshalb, da diese Bauweise relativ zügig umsetzbar wäre. Dies sei die Basis der letzten Gemeindevertretungssitzung gewesen. Zwischenzeitliche lägen die Erörterungsergebnisse der genannten Ausschüsse vor. Der Bgm. bittet GV Magdalena Bechter um einen Bericht über die Beratungsergebnisse.

GV Magdalena Bechter berichtet, dass sie, zusammen mit Vize-Bgm. Anton Gerbis, bereits nach der letzten Gemeindevertretungssitzung Besprechungstermine mit Sport Gotthard und dem Feuerwehrkommandanten, Patrick Hiller, bezüglich der Abklärung zum Standort beim Lagerhaus gehabt hätten. Derzeit sehe es so aus, dass Investitionen im Außenbereich sowie in eine PV-Anlage anstehen würden. Anschließend hätten Beratungen mit GV Ida Bals über die bereits in der jüngeren Vergangenheit sowie in der letzten GV-Sitzung angesprochenen Räumlichkeiten stattgefunden, etwa zum Dachboden im Pflegeheim oder kleinen Dorfsaal. Die

Ausschusssitzung habe gefruchtet und es sei bezüglich der Erörterung zu den Raummöglichkeiten nach dem Ausschussverfahren vorgegangen worden. So sei der Dachboden im Pflegeheim als Möglichkeit ausgeschieden, da bei einer möglichen Umsetzung zu große Investitionen im Raum gestanden wären und derzeit noch eine zu ungewisse Situation um das Gebäude des Pflegeheimes bestehe. Wesentlich sei der übereinstimmende Tenor aus der Ausschusssitzung, v.a. auch als Botschaft nach außen, dass die Gemeinde bemüht ist, dass nicht unnötig Grund und Boden verbaut wird. So sei der Wunsch sowie der Vorschlag aus der Ausschusssitzung, dass der Platz der jetzigen Volksschul-Ausweichschule für die kommenden ca. 4-5 Jahre als Ausweichkinderbetreuungsplatz verwendet wird, errichtet als qualitativ den Ansprüchen von Kleinkindern entsprechende Holzbauweise und somit hochwertig, aber preislich interessant. Vorteil des dortigen Standorts sei auch, dass bereits alle notwendigen Anschlüsse (elektr. etc.) vorhanden seien. Langfristig sei aber gleichzeitig zu überlegen, wo die Kinderbetreuung ihren Platz finden soll. Möglichkeiten wären bspw. im Gebäude des derzeitigen Pflegeheimes und somit in einen möglichen Umbau zu integrieren, wenn dies gewünscht werde. Somit wäre der Wunsch, die gesamte Kleinkindbetreuung am vorgeschlagenen Standort zu situieren. Dies würde gleichzeitig mehr Platz im Kinderhaus ermöglichen, auch für einen möglichen Familientreffpunkt und dementsprechenden positiven Synergieeffekt. Der Wunschtermin für den Einzug der Kleinkindbetreuung am genannten Standort sei der 1. September 2023, direkt nach dem Umzug der Volksschule. In der Ausschusssitzung sei auch über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Förderungen gesprochen worden und den Vorschlag, alle möglichen Förderungen sogleich auch für die temporäre Kleinkindbetreuungseinrichtung einzuholen.

Vize-Bgm. Anton Gerbis unterstreicht die inhaltlichen Erörterungen der Vorrednerin. Es hätten intensive Diskussionen/Beratungen stattgefunden, mit dem klaren Ziel, in der GV-Sitzung eine gemeinsame Lösung vorzustellen, hinter welcher alle Ausschussmitglieder stehen und dem Wunsch, dass diese Empfehlung so von der Gemeindevertretung mitunterstützt werde. Die Formulierung des Beschlussantrages sei bewusst so gewählt, um sich der schwierigen Herausforderung, der Umsetzung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen bis Herbst 2023, zu stellen.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass im Budget (VA 2023) für die Kinderbetreuung Mittel vorgesehen seien. Die Förderungen beliefen sich auf max. 30% und EUR 500.000/neuer KiBe-Gruppe (bis 2027). Wesentlich sei, dass auch das Land hinter diesen Projekten stehen sollte. Die Förderwürdigkeit sei derzeit gegeben. Zusätzlich gebe es eine Förderung über 8,5%. Wenn es eine temporäre KiBe-Einrichtung werden soll, sollte überlegt werden, ob jetzt diese Förderung in Anspruch genommen wird oder diese Förderungen in eine langfristige Lösung fließen zu lassen.

GV Ida Bals bestätigt die max. förderbare Investitionssumme von EUR 500.000 pro KiBe-Gruppe - mögliche Förderhöhe 38,5% (30% + 8,5%, letzterer Wert richtet sich nach der Finanzkraft sowie der EinwohnerInnenzahl der Gemeinde. Ergänzend sei zu erwähnen, dass die erstmals digital abgeschlossene Anmeldung für KiGa/KiBe ergeben habe, dass zwischenzeitlich zwei Kinder, im Vgl. zur Bedarfserhebung, wegfallen würden, aber die realen Anmeldungen gut mit jenen der Bedarfserhebung übereinstimmen.

Ersatz-GV Christian Bilgeri erkundigt sich, ob die Ausweich-Volksschule zwischenzeitlich verkauft worden sei und ob ev. Module übrig wären, die für die KiBe verwendet werden könnten.

GV Magdalena Bechter und Caroline Jäger erläutern, dass die Ausweich-Volksschule zur Gänze nach Lustenau verkauft werde und somit keine Einzelmodule übrigblieben.

Bgm. Gerhard Beer führt zusätzlich an, dass die Fundamente bestehen bleiben könnten, da diese geliehen seien. Wesentlich sei für die KiBe-Einrichtung anzudenken, dass die Aufenthaltsqualität auch kleinkindgerecht ausgestaltet werde. Die Module, welche derzeit für die Volksschule verwendet werden, würden – nach durchgeführter Prüfung – nicht den Qualitätserfordernissen für Kleinkinder entsprechen.

GV Ida Bals ergänzt, dass es sich bei Kleinkindern um eine andere Zielgruppe handle und diese daher andere Raumansprüche habe.

GV Caroline Jäger erkundigt sich nach der zusätzlichen KiBe-Gruppenanzahl.

GV Ida Bals erklärt, dass es sich um drei oder vier Gruppen handle, je nach Zusammensetzung

– entweder drei große oder vier kleine Gruppen, was auch mit dem pädagogischen Personal abzustimmen sei. Strategisch sei es vorteilhafter, wenn eher mit einer höheren KiBe-Bedarfsplatzanzahl kalkuliert werde, um auch für die kommenden Jahre platztechnisch auf der sicheren Seite zu sein. Wenn die gesamte KiBe an einem Standort, unter einem Dach situiert sei, erleichtere dies auch die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen. AushilfspädagogInnen könnten sich so einfacher koordinieren und die dadurch erzielte BetreuerInnen-Kontinuität und deren Bezug zu den Kindern würde dadurch verbessert.

GV Magdalena Bechter erklärt, dass deshalb eine Container-Holzbauweise angedacht sei, damit eine gewünschte Flexibilität hinsichtlich der räumlichen Ausgestaltung bestehe. An einem gemeinsamen Standort würden alle Kinder alle BetreuerInnen kennen.

GV Caroline Jäger erkundigt sich, ob sowohl eine einstöckige als auch eine zweistöckige Variante diskutiert worden sei.

GV Magdalena Bechter gibt an, dass es sich um eine temporäre Lösung handle und auch parallel ein Nachnutzungskonzept mitzudenken sei, bspw. im dem Pflegeheimgebäude, so der Wunsch aus der Ausschuss-Sitzung.

GV Ida Bals erklärt zum Förderwesen zusätzlich, dass Fördersummen aliquot, für die Jahre, die man nicht benötigt, zurückbezahlt werden müssten, da diese bei genannter Förderung auf 25 Jahre ausgelegt sei. Förderungen gibt es immer für eine neu eröffnete Gruppen. Es sei daher nach Sinnhaftigkeit zu entscheiden, je nachdem, was für eine Investitionssumme vorliege.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass derzeit zwei KiBe-Gruppen gefördert werden und dass entsprechende Förderanträge vor der Vergabe gestellt werden müssen.

GV Manfred Felder erkundigt sich, ob es eine einmalige Förderung gibt. Auch merkt er an, dass, wenn die temporäre provisorische KiBe-Einrichtung günstiger errichtet werden könnte, die Förderung auch zu einem späteren Zeitpunkt für eine langfristige Lösung eingesetzt werden könnte. Es brauche aber klare Angebote hierfür, um diese Entscheidung sachlich treffen zu können.

GV Magdalena Bechter gibt an, dass der Ausschuss eher der Meinung gewesen sei, die möglichen Förderungen sogleich, auch für die temporäre KiBe-Einrichtung zu verwenden. Nach vorliegenden Angeboten sollte dies aber genau geprüft werden.

GV Dietmar Nußbaumer erkundigt sich, ob es bereits Kostenschätzungen für die angedachten Containersysteme gebe. Es sollte dahingehend heute noch nicht festgelegt werden, ob bereits für die temporäre Lösung Förderungen in Anspruch genommen werden sollen oder nicht. Es brauche klare Angebote, um Entscheidungen treffen zu können.

Bgm. Gerhard Beer führt zum Vergleich den bereits bei der letzten GV-Sitzung angeführten Entwurfplan an, allerdings ohne als unmittelbare Basis geltend, weil nun ein anderer Standort für ein Gebäude gewählt wird. Für ein 2-geschoßiges Gebäude in Holzbauweise sei die Kostenschätzung von ca. EUR 850.000 ausgegangen. Es gebe auch Kostenerhebungen für die derzeit bei der Ausweichschule der Volksschule verwendeten Containex-Container, für welche sich die Miete auf ca. EUR 440.000 belaufe. Bei Letzteren wären auch die Qualitätsansprüche für die KiBe zu berücksichtigen. Ebenso sei anzuführen, dass eine ebenerdige Bauweise bautechnische Vorteile mit sich bringe.

GV Christoph Feurstein ist der Meinung, dass eine Inanspruchnahme der Förderung nicht vorteilhaft wäre, wenn heute bereits bekannt sei, dass diese aliquot zurückgezahlt werden müsse (auf 25 Jahre gerechnet) und eine temporäre Gebäudelösung ca. 5 Jahre in Anspruch genommen werde.

GV Ida Bals erklärt, dass angedacht sei, das temporäre Gebäude bestenfalls später auch geldmäßig zu verwerten, wenn es einmal nicht mehr für die KiBe verwendet werden soll. Dann müsste die Förderung, für die restlichen Jahre (auf 25 J. gerechnet) aliquot zurückbezahlt werden.

Bgm. Gerhard Beer bestätigt dies. Außerdem werde eine KiBe-Gruppe nur einmal gefördert und nicht mehrfach, was ebenfalls zu bedenken sei.

Für GV Magdalena Bechter ist nicht logisch, dass, wenn die Schaffung einer neuen KiBe-Gruppe gefördert wird, im Nachgang die Förderung zurückbezahlt werden müsse, da ja die KiBe-Gruppe, wenn auch in einem anderen Gebäude (nach einer späteren Umsiedlung), weiterbestehe. Sie ist der Meinung, dass dies genau geprüft werden sollte.

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass derzeit die baulichen Maßnahmen gefördert werden, welche es benötigt, um eine neue KiBe-Gruppe unterzubringen. Wenn bekannt sei, was die Gemeindevertretung genau wünscht, müsse dies verschriftlicht werden. Bgm. und Vize-Bgm. werden zeitnah Gespräche mit LandesvertreterInnen suchen, um diesbezüglich Genaueres in Erfahrung zu bringen.

GV Magdalena Bechter erklärt, dass es nun darum gehe, den anvisierten Standort (provisorische Volksschule) als Übergangslösung für die KiBe vorzusehen und dann wäre der Auftrag an den Bgm., so rasch und so kostengünstig als möglich einen Entwurfplan für ein temporäres KiBe-Gebäude für diesen Standort einzuholen.

Bgm. Gerhard Beer gibt an, dass man sich diesem Projekt prioritär widme, um bereits bei der kommenden GV-Sitzung, am 18.04.2023, berichten zu können, in welche Richtung es weitergehe.

GV Dietmar Nußbaumer spricht allen Ausschussmitgliedern ein Lob für die bereits getane Arbeit aus. Der eingebrachte Vorschlag würde eine Lösung widerspiegeln, welche sichtlich beide politischen Fraktionen gleichermaßen miteinbeziehe. Erst, wenn konkrete Angebote vorliegen, sollte die Förderthematik vertieft besprochen werden.

GV Markus Beer kann diese Vorgehensweise ebenfalls unterstützen. Ob eine ebenerdige oder eine mehrstöckige Gebäudevariante favorisiert werden soll, könne noch diskutiert werden. Für ihn sei eine temporäre, auf ca. fünf Jahre ausgelegte Variante, kombiniert mit der Möglichkeit einer Nachnutzung einer ggf. freiwerdenden Pflegeheim-Räumlichkeit durch die KiBe, die einzig sinnvolle Lösung.

GV Erich Kohler lässt sich bestätigen, dass bei einer Holzmodulbauweise entschieden ist, dass eine Nachnutzung für diese auch geplant sei. Er fragt nach den Gründen, warum – im Vergleich zur letzten GV-Sitzung – der Standort an der jetzigen Ausweichschule nun sehr wohl möglich ist. Der GV stellt die Frage in den Raum, ob tatsächlich bereits geklärt sei, ob in das Pflegeheim-Gebäude, sollte dieses in Zukunft einer Nachnutzung bedürfen, die KiBe hineinkommen soll. Dies sei für ihn so noch nicht entschieden.

GV Magdalena Bechter erklärt, dass im Beschlussantrag auch das langfristige Nachnutzungskonzept für das Pflegeheim-Gebäude integriert mitgedacht werde.

GV Erich Kohler erkundigt sich dahingehend, ob es sich hierbei um einen Plan oder mehr um einen Wunsch handle. Dies seien grundlegende Unterschiede.

GV Magdalena Bechter gibt an, dass es sowohl Wunsch als auch Plan sei.

GV Simone Bilgeri führt weiter aus, dass hinsichtlich des Nachnutzungskonzeptes für das Pflegeheim-Gebäude, iVm der langfristigen Unterbringung der KiBe, das Erdgeschoß des Pflegeheimes angedacht sei.

Auch für GV Christiane Eberle handle es sich dabei klar um einen Plan und nicht lediglich einen Wunsch.

Bgm. Gerhard Beer verdeutlicht, dass die Frage von GV Erich Kohler durchaus berechtigt sei. Es sei allen bewusst, dass zusätzlicher Raum für die KiBe geschaffen werden müsse. Es werde eine Übergangslösung geben. Hinsichtlich einer Langfristlösung wäre die Wunschvorstellung, dass der Standort räumlich nahe beim Kinderhaus läge, was viele synergetische Vorteile (u.a. infrastruktureller Natur etc.) mit sich brächte. Hinsichtlich des Pflegeheimgebäudes gebe es noch keinen GV-Beschluss bezüglich des Standortes. Das hänge auch maßgeblich mit der Betreiberorganisation des Pflegeheimes zusammen. Wenn das Konzept stehe, dann gehe es darum zu entscheiden, welches der richtige Platz für eine langfristige KiBe sein werde. Es sei auch eine klar definierte Anregung bei Raumkonzepten, zu entscheiden, welche Prioritäten gesetzt werden sollen. Dabei solle der KiBe eine entsprechend hohe Priorität eingeräumt werden, sollte es keine anderweitigen Möglichkeiten geben.

Bgm. Gerhard Beer verliest den eingebrachten Beschlussantrag, welcher auf einer einstimmigen Empfehlung der Ausschüsse Bildung sowie Familie/Soziales, Integration/Inklusion beruhe:

Der Bürgermeister soll die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung einer temporären Unterkunft für die KiBe auf dem Platz der derzeitigen Ausweichschule in Auftrag geben.

Das Ausweichquartier soll in Holzbauweise ausgeführt werden und für 4 Gruppen Platz bieten.

Langfristig soll die KiBe im Erdgeschoss des derzeitigen Pflegeheimes im Nachnutzungskonzept verankert werden.

Alle verfügbaren Fördermittel sollen ausgeschöpft werden.

Die Umsetzung soll mit 1.9.2023 abgeschlossen sein.

GV Dietmar Nußbaumer führt an, dass die beiden letzteren Absätze des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt, seiner Meinung nach, noch nicht entschieden werden können. Auch der Satz mit den Fördermitteln soll gestrichen werden. Die beiden ersten Absätze könne er unterstützen.

Vize-Bgm. Anton Gerbis erörtert, dass die gewählten Worte für den vorliegenden Beschlussantrag in einer langen Diskussion gewählt worden seien. Das Wort „soll“ sei bewusst angeführt, mit der Idee, dass es eine vorübergehende Lösung sein soll. Die Gemeindevertretung soll sich hinsichtlich der Nachnutzung für das Pflegeheim Gedanken machen. Ebenso sei die unmittelbare Nähe zur Schule ein guter Platz. Außerdem: wie und was eine nachkommende Gemeindevertretung einmal entscheiden werde, sei deren Angelegenheit, welche, seiner Ansicht nach, genauso gut bedacht und begründet werde. Für diesen Beschlussantrag sei die Überlegung wesentlich, dass bodenschonend vorgegangen werde – es gebe auch bereits eine vorhandene Bodenschüttung beim angedachten temporären Standort. Es soll auch in einer temporären Lösung ein für Kleinkinder entsprechender Wohlfühlcharakter gegeben sein. Die Förderthematik sei bei konkret vorliegenden Angeboten genau zu betrachten.

GV Manfred Felder verdeutlicht, dass die Überlegungen mit einer möglichen Pflegeheimnachnutzung die Antwort darauf sei, weshalb nun für die KiBe eine temporäre Zwischenlösung angestrebt werden soll. Dies sei lediglich ein Kann-Vorschlag aus dem Ausschuss.

GV Magdalena Bechter unterstreicht das Gesagte der beiden Vorredner. Derzeit sei das bestehende Pflegeheim jener optimale Standort im Dorf, in welchen eine zukünftige KiBe mitgedacht werden soll. Dementsprechend seien weichenstellende GV-Beschlüsse zu archivieren.

GV Martin Reichenberger erkundigt sich, wie der Wortlaut im Beschlussantrag „langfristig soll ... verankert werden.“ zu verstehen sei. Bgm. Gerhard Beer macht den Vorschlag, stattdessen den Wortlaut „langfristig soll ... angedacht werden“ zu wählen.

Ebenso freut sich der GV, dass der bestehende Platz der Ausweichschule der Volksschule für die KiBe verwendet werde. Auch sei ein berücksichtigungswürdiger Standort-Pluspunkt, dass die KiBe, so wie alle anderen Bildungseinrichtungen auch, auf der gleichen Straßenseite situiert seien und somit kein Straßenwechsel notwendig werde (siehe: Vgl. zum anfänglichen Entwurfplan auf der „grünen Zunge“). Für die Eltern bestehe ein vorteilhaftes Angebot zur Nutzung. Ebenso werde die familiäre wirtschaftliche Seite entsprechend berücksichtigt.

Bgm. Gerhard Beer gibt zu Protokoll, dass die ersten beiden Absätze des Beschlussantrages so für alle GemeindevertreterInnen passen. Weiters soll der Wortlaut des dritten Satzes von „verankert“ auf „geprüft“, sowie der vierte Satz auf „alle verfügbaren Fördermittel sollen bestmöglich ausgeschöpft werden“ abgeändert werden.

GV Erich Kohler erkundigt sich, weshalb der Ausschuss so erpicht ist, das Thema Fördermittel im Beschlussantrag explizit anzuführen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch abzuwarten, ob die Ausschöpfung von Fördermitteln im Hinblick auf die temporäre Nutzung überhaupt sinnvoll ist. Darüber hinaus muss die Gemeinde ohnedies nach Vorlage aller Fakten die langfristige Optimierung der Förderquote anstreben.

Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass man sich selbstverständlich die Umsetzung genau ansehe. Es brauche einen Vorschlag. Es sei in der Gemeindeverwaltung selbstverständlich, dass darauf geachtet werde, stets alle möglichen Fördermittel einzuholen. Dementsprechend laute der Vorschlag, den Satz „Alle verfügbaren Fördermittel sollen ausgeschöpft werden.“ zu streichen. Jedenfalls sei bereits jetzt absehbar, dass das definierte Zieldatum, 01.09.2023, sportlich werde, auch in Zusammenhang mit dem Umzug der Volksschule und dem Abbau der bestehenden provisorischen Volksschule und der Übersiedlung nach Lustenau.

GV Stefan Steuerer führt an, dass es seiner Meinung nach generell schade wäre, wenn nun bereits die gesamte Förderung für eine schlichte und kostengünstige temporäre Lösung eingesetzt werden würde und dann für eine langfristige Lösung keine Förderung mehr

beantragbar wäre. Gesagtes wird durch Bgm. Gerhard Beer so bestätigt.

Abgeänderter, Wortlaut des Beschlussantrages:

Der Bürgermeister soll die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung einer temporären Unterkunft für die KiBe auf dem Platz der derzeitigen Ausweichschule in Auftrag geben. Das Ausweichquartier soll in Holzbauweise ausgeführt werden und für 4 Gruppen Platz bieten.

Langfristig soll die KiBe im Erdgeschoss des derzeitigen Pflegeheimes im Nachnutzungskonzept geprüft werden.

Die Umsetzung soll mit 01.09.2023 abgeschlossen sein.

Der abgeänderte Beschlussantrag wird einstimmig angenommen.

#### **4. Berichte**

Vize-Bgm. Anton Gerbis:

- Radwegverbindung Bregenzerwald-Rheintal: Die ursprünglichen Varianten seien inzwischen auf 2 reduziert worden – Achtal und L200. Diese werden weiter geprüft.
- Team Vorderwald (Folder): Zeitpolster frei und Hinweis auf Möglichkeit, Hilfe in Anspruch zu nehmen.
- Offizielle Eröffnung des Bienenhauses und der neuen Bushaltestelle in Egg (Einladung, 30. April, 11-16 Uhr)

#### **5. Allfälliges**

Ehrungsnachmittag: Neuer Termin, am Samstag, den 20. Mai 2023, ab 14 Uhr. Somit ist der Apriltermin hinfällig.

BürgerInnen-Infoveranstaltung: Vorstellung der Ergebnisse aus der AG Zentrumsentwicklung, am Donnerstag, den 20. April 2023, 17 bis 22 Uhr, Foyer/1. OG Gemeindehaus.

Partnergemeinde Taldorf: Am 05. Mai 2023, nachmittags/abends, verabschiedet der Ortschaftsrat die Ortsvorsteherin Regine Rist (in Hittisau).

FRIEDEN.DENKEN – ein Fadenspiel im Korallenriff, am Sonntag, den 07. Mai 2023, um 10 Uhr, DENK.MAL

Taldorfer Kinder- und Heimatfest 2023, am Sonntag, den 14. Mai 2023

GV Markus Beer berichtet, dass Cihan Yildiz beruflich ins Ausland verzieht und daher seine Aufgaben in den Ausschüssen der Gemeindevertretung nicht mehr ausüben kann. Die entsendende politische Gruppierung ist angehalten, einen Ersatz für die von Cihan verlassenen Ausschüsse zu sorgen.

GV Erich Kohler gibt an, dass hierfür ein Vorschlag erfolge.

Bgm. Gerhard Beer gratuliert Martin Österle zur Eheschließung.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für ihr Kommen sowie die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21:14 Uhr.

Der Schriftführer:  
Johannes Ritter

Der Bürgermeister:  
Gerhard Beer